

FDP
Die Liberalen



SOLOTHURNER FREISINN

Solothurn	2/3/4	Bericht der DV in Brig	8/9	Wahlkampf-Mobilisierung	12/13	Unter Freisinnigen	16
Rückblick kantonale Wahlen	6/7	Page romande	10	Drei Werte: Gemeinsinn	14/15	Starker Standort Schweiz	22

22. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Inhalt

Rating Wirtschaftsfreundlichkeit

Wenn es um wirtschaftspolitische Fragen geht, können sich die Solothurner Unternehmerinnen und Unternehmer auf die FDP verlassen: Rang 1 zur Legislaturhalbezeit.

Seite 3

Ständerat und Ankläger?

Unser Kolumnist zählt dieses Mal Hüte.

Seite 4

Mobilisierung

Die kantonalen Wahlen haben es gezeigt: Die FDP kann mobilisieren! Doch erst recht jetzt dürfen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Deshalb gilt: Engagieren Sie sich und tragen Sie mit uns zum Erfolg der FDP im Oktober bei!

Seite 13

Drei Werte: Gemeinsinn

Gemeinsinn ist ein urliberaler Wert. Ein Wert, den wir täglich leben: Gemeinsinn ist, was uns antreibt, uns freiwillig für die FDP zu engagieren! Gemeinsinn bewegt uns, in der Politik, im Verein oder in der Nachbarschaft mitzuhelfen.

Seiten 14/15

Nationale Wahlen 2015

«Jetzt erst recht!»



Die Nationalratskandidaten 2015 (von links): Christian Thalmann, Kuno Tschumi, Karin Büttler, Peter Hodel, Alexander Kohli, Marianne Meister, Urs Unterlerchner, Mark Winkler, Anita Panzer, Roger Siegenthaler, Kurt Fluri. Es fehlt: Marc Thommen

Christian Scheuermeyer, Präsident FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn, Deitingen

Die FDP.Die Liberalen war sehr erfolgreich bei kantonalen Wahlen in BL, LU, ZH und TI. Es konnten steigende Wähleranteile und Sitzgewinne bei Kantonsparlamenten und auf Regierungsebene erreicht werden. Diese Erfolge sind Rückenwind und Motivation für die Wahlen vom 18. Oktober 2015. Nutzen wir die gute Ausgangslage, bleiben wir gelassen und machen einen engagierten Wahlkampf, frei nach dem Motto «jetzt erst recht» oder sinngemäss nach einer erfolgreichen

alt Leichtathletin «Gring ache u seckle!»

Warum diese Erfolge in den letzten Wochen und Monaten? Folgende Gründe führten aus meiner Beurteilung zum Kollektiverfolg der FDP: Philipp Müller, unser bodenständiger und kommunikativer Parteipräsident als Spitze der Parteipyramide; sein Vorgänger Fulvio Pelli, der eine seriöse und wichtige Vorarbeit geleistet hatte; die eidg. Fraktion, welche unter Gabi Huber viel geschlossener auftrat; weniger innerparteiliche «Querschläger» auf nationaler Stufe; ein sehr gut geführtes nationales Parteisekretariat unter Stefan Brupbacher und aktuell

Samuel Lanz; das Zusammenrücken der Kantonalparteien mit der Mutterpartei inklusive eines schweizweit einheitlichen CI; wirtschaftliche Unsicherheit mit Frankenstärke und gefährdeten bilateralen Verträgen; steigende bis explodierende Sozialkosten; unsichere Zukunft der AHV und IV; klare Positionierung und Abgrenzung der FDP MITTE RECHTS gegenüber der Abschottungspolitik der SVP und Linkstendenzen der Mitteparteien.

Die Menschen suchen in unsicheren Zeiten Verlässlichkeit, Vertrauen und Sicherheit! Darum kommt ein Teil zu-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

rück zum liberalen Original der FDP mit ihrem Leistungsausweis und politischen Programm, welches sich nicht der momentanen Stimmung im Volk oder nach dem politischen Wind verändert, sondern von unseren Grundwerten Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt geprägt ist!

Sowohl die Medien als auch die Politologen haben die aktuell sehr gute Verfassung des Freisinns festgestellt. Vor einem Jahr wurden wir noch mit der deutschen FDP verglichen, und heute sind wir die Gewinnerpartei ... bleiben wir auf dem Boden, realistisch und fokussiert! Alle gehen heute davon aus, dass die FDP bei den Wahlen 2015 zulegen wird. Machen wir keine Fehler, national und kantonal! Leisten wir weiterhin eine solide und freisinnige politische Arbeit auf allen Stufen, ohne Wahlversprechungen, welche wir dann nicht einhalten können. Betreiben wir einen glaubwürdigen, engagierten und bodenständigen Wahlkampf, so nahe wie möglich bei den Leuten an der Basis.

«Mobilisierung» heisst das Zauberwort, denn der Solothurner Freisinn hat ein grosses Potenzial gegen oben. Bei den letzten kommunalen Wahlen 2013 erreichten wir einen Wähleranteil von 30,3 Prozent und bei den kantonalen Wahlen 2013 24,8 Prozent. Mobilisieren wir alle Wählerinnen und Wähler, welche uns auch bei den kommunalen und kantonalen Wahlen die Stimme. Die Ausgangslage ist so gut wie schon lange nicht mehr. Eine sehr positive Grundstimmung an der Basis ist klar feststellbar; Mann und Frau gehört eben gerne zu den Gewinnern.

Teamarbeit ist nun gefragt: unser super motiviertes Nationalratskandidatenteam mit den beiden Zugpferden Nationalrat Kurt Fluri und Ständeratskandidatin Marianne Meister; ein überaus engagiertes Wahlkampfteam; alle Parteimitglieder und Sympathisanten, welche in der grossen Freisinnigen Familie als Wahlkampflokomotive unserer Partei mit Herzblut ihren Beitrag zur erfolgreichen Zielerreichung leisten – aus Liebe zum Solothurner Freisinn! Dafür danke ich Ihnen allen ganz herzlich.

FDP-Fraktionsausflug vom 6. Mai 2015

Industrieperlen im Gäu

Die aktiven und ehemaligen Fraktionsmitglieder, Kantonsangestellte und Gäste trafen sich dieses Jahr im Gäu. Das Mittagessen in der Betriebskantine des Migros-Verteilbetriebes Neuendorf (MVN) präsentierte sich als ein vielseitiges, schmackhaftes Buffet. Nachdem sich die Jasser gefunden hatten, montierte die Wandergruppe die Wanderschuhe und ging unter der Leitung von Peter Staub auf die schwierige Suche nach Orchideen

und Flaumeichen. Zwei weitere Gruppen besuchten Gäuer Industrieperlen: Felix Heimgartner, Geschäftsführer der Härterei Gerster AG, führte durch seinen faszinierenden Betrieb. Mit Thomas Kissling, Mitglied der Geschäftsleitung des MVN, ging eine weitere Gruppe auf einen Rundgang durch die weitläufigen Lagerhallen, der mit dem Besuch des Kühllagers (-26°) endete. Gegen Abend trafen sich alle wieder im Hotel Comfort in

Egerkingen. Das anschliessende Solothurner Nachtessen (Ambassadorenragout) wurde mit einem feinen Stück echter Solothurner Torte abgerundet. Comedy-Newcomer Fredy Schär setzte mit einem geistreichen, sprachlich und gesanglich hochkarätigen Auftritt dem Fraktionsausflug schliesslich das Tüpfelchen aufs «i». Herzlichen Dank dem OK unter der rührigen Leitung der Gäuer Kantonsrätin Johanna Bartholdi.

Weitere Bilder finden Sie auf unserer Facebook-Seite: www.facebook.com/fdpsol



Marktführerin: Härterei Gerster Egerkingen



Zügiger Rundgang durch die Migros-Verteilbetriebe



Gemütlicher Schieber im Hotel Comfort Egerkingen



Die Wandergruppe auf dem Weg zum Känzeli



Zeit, um über Politik zu diskutieren



Heitere Stimmung beim Abendessen

Analyse des Abstimmungsverhaltens der Solothurner Parlamentarier

FDP wirtschaftsfreundlichste Partei des Kantons

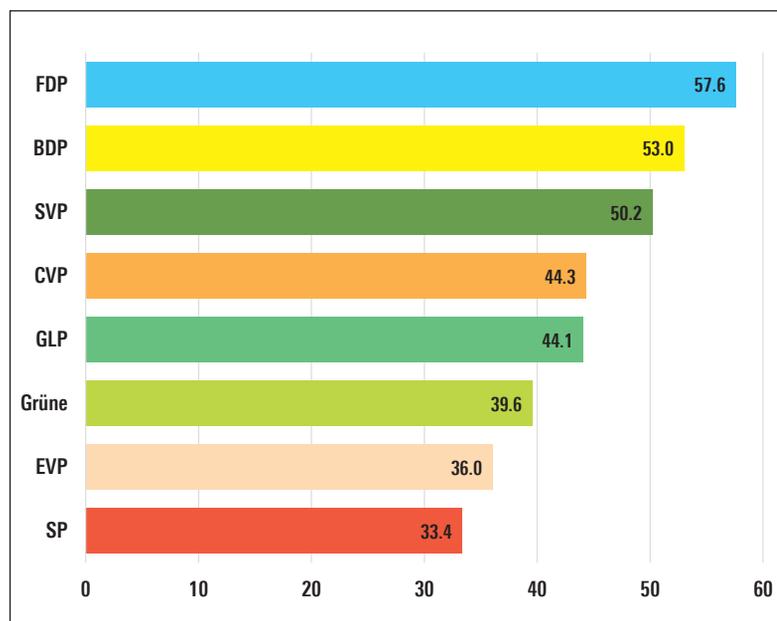
Charlie Schmid,
Parteisekretär, Solothurn

Wie wirtschaftsfreundlich sind die Solothurner Parteien und deren Vertreter im Kantonsrat? Diese Frage versuchte das «Wirtschaftsflash» in seiner März-Ausgabe zu beantworten. Das Mitglieder- und Magazin des Kantonalen Gewerbeverbands und der Solothurner Handelskammer untersuchte dazu das Abstimmungsverhalten der Solothurner Parlamentarier bei wirtschaftspolitischen Sachvorlagen. Das Resultat war für die freisinnige Fraktion enttäuschend: nur Platz 2 hinter der SVP. Gewerbeverbandspräsidentin und Ständeratskandidatin Marianne Meister musste sich gar mit Rang 21 von 100 Kantonsräten zufriedengeben. Hat die SVP der FDP den Rang als Wirtschaftspartei abgelaufen? Mitnichten! Wir haben nachgerechnet und kommen zu einem anderen Schluss.

Wie misst man Wirtschaftsfreundlichkeit?

Ratings erfreuen sich einer grossen Beliebtheit. Nur allzu gerne wird versucht, die Welt in ein einfaches Schema zu pressen. Die sich dahinter verborgende Komplexität wird komplett ausgeblendet. Es ist grundsätzlich schon fraglich, ob ein subjektives Kriterium wie «Wirtschaftsfreundlichkeit» überhaupt messbar ist. Gemacht wird es trotzdem; in der Hoffnung, aus einer einzigen Zahl herauszulesen, wie ein Politiker oder eine Partei tickt. Minimale Voraussetzung bei der Erstellung solcher meist aus einer politischen Intension geprägten Ranglisten wäre jedoch die Einhaltung elementarer wissenschaftlicher Grundsätze. Einer davon besagt, dass sämtliches vorhandenes Datenmaterial auszuwerten ist. Falls nicht, ist dies plausibel zu begründen. Genau über diesen Grundsatz haben sich aber die Autoren des Wirtschafts magazins grosszügig hinweggesetzt.

Index Wirtschaftsfreundlichkeit der Parteien
März 2013 bis März 2015



Die abgebildeten Werte beziehen sich nicht auf die prozentuale Übereinstimmung der Parteien mit den Parolen der Wirtschaftsverbände, sondern auf das geometrische Mittel. Dadurch werden Unterschiede deutlicher ersichtlich.

Zwei Jahre statt ein Jahr

Als Datenbasis wurden 26 Abstimmungen im Kantonsrat aus dem Jahr 2014 mit den Empfehlungen der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft & Gewerbe (PG W&G) verglichen. Die PG W&G ist das Bindeglied zwischen den Solothurner Wirtschaftsverbänden und den bürgerlichen Fraktionen. Die Parolen des Vorstands der PG W&G werden jeweils vor den Sessionen publiziert (www.wirtschaftspolitik-so.ch). Seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode im März 2013 wird jede Abstimmung im Kantonsrat registriert und ist öffentlich zugänglich (www.so.ch/parlament). Entsprechend lassen sich die Parolen der PG W&G – und damit der Solothurner Wirtschaft – mit dem effektiven Abstimmungsverhalten aller 100 Kantonsräte von März 2013 bis März 2015 vergleichen: also über einen Zeitraum von exakt zwei Jahren und nicht nur für das Jahr 2014.

Alle Abstimmungen statt nur einen Teil

Das Wirtschafts magazin hat zudem nur das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier bei den Schlussabstimmungen der einzelnen Vorlagen berücksichtigt. Zumeist steckt der Teufel aber im Detail. Wenn der Kantonsrat an einzelnen Artikeln Hand anlegt, ist dies oft weit relevanter als die Zustimmung oder Ablehnung zum ganzen Gesetz.

Wenn also einerseits der Untersuchungszeitraum auf zwei Jahre ausgeweitet und andererseits alle gemäss PG W&G wirtschaftsrelevanten Abstimmungen miteinbezogen werden, erhöht sich deren Zahl von 26 auf 77! Nun liegt eine Datenmenge vor, die einerseits gesicherte(re) Erkenntnisse über das wirtschaftspolitische Abstimmungsverhalten der Politiker zulässt und andererseits einen logischen Zeitraum abdeckt; nämlich die Hälfte der Legislatur.

FDP auf Rang 1

Das Ergebnis fällt nun wesentlich differenzierter aus: Deutlich vor der SVP platziert, darf die FDP für sich in Anspruch nehmen, die wirtschaftsfreundlichste Partei des Kantons Solothurn zu sein.* Das ist – betrachtet man die vielfältig besetzte, freisinnige Fraktion – keine Selbstverständlichkeit. Auch für Marianne Meister als oberste Wirtschaftsvertreterin im Kantonsrat ist das Resultat plausibler. Mit einem Indexwert von 63,5 stimmte sie in 87 Prozent der Fälle auf der Linie der PG W&G und landet hinter drei freisinnigen Kollegen auf Platz 4. Zusammengefasst stimmen die Freisinnigen durchschnittlich in über 80 Prozent der Fälle im Interesse von Wirtschaft und Gewerbe.

Gewichtung wäre subjektiv

Selbst die SP als politischer Gegenpol erreicht allerdings noch eine Übereinstimmungsquote von 50 Prozent. Dies liegt daran, dass zahlreiche Geschäfte von untergeordnetem Interesse und daher meist unbestritten sind. Es ist allerdings fraglich, ob die Absenkenregelung in Schulzeugnissen und die Erhöhung des Steuerfusses dieselbe wirtschaftspolitische Bedeutung aufweisen. Vermutlich nicht. Jedoch könnte dieses Problem nur mit einer Gewichtung der einzelnen Sachvorlagen umgangen werden. Damit würde aber ein subjektives Kriterium Einzug in die Analyse halten und die Ergebnisse unzulässig verfälschen. Wie man es auch dreht: Ratings können nie ein vollständiges Abbild der Realität wiedergeben, sondern höchstens eine Tendenz aufzeigen. Diese ist in vorliegendem Fall eindeutig: Die FDP ist und bleibt als Wirtschaftspartei glaubwürdig und kompetent.

*Die vollständigen Daten und Berechnungen sowie das Rating der einzelnen Kantonsrätinnen und Kantonsräte sind im Internet zu finden unter: www.fdp-so.ch/aktuelles

Kolumne

Gleichzeitig Ständerat und Ankläger?

Urs Marti, Solothurn

«Ich glaube, dass ich in den letzten vier Jahren dem Kanton ein Gesicht geben konnte.» Das sagt Pirmin Bischof von sich und meint damit seine Tätigkeit als Ständerat.

Solche Worte sind nicht unbedingt Ausdruck von Bescheidenheit. Hatte zudem der Kanton bisher kein Gesicht? Denn es tönt so, als hätten Pirmin Bischofs Vorgänger in diesem Amt etwas versäumt. Und das wäre wiederum posthum insbesondere eine Beleidigung auch gegenüber Karl Obrecht, Ulrich Luder, Max Affolter, Standesvertreter, die immerhin noch staatsmännisches Format hatten. Sie waren auch, wie übrigens ebenso Rolf Büttiker, stets darum bemüht, die Interessen Solothurns in der Kleinen Kammer wahrzunehmen, ohne damit gleich Satrapen der Kantonsregierung zu werden.

Das hat sich mit dem Einzug von Pirmin Bischof ins «Stöckli» geändert. Er nimmt zwar auch die Interessen des Kantons wahr, wenn diese mit seinen eigenen konfigurieren. Aber er klagt gegen den Kanton, er geht mit dem Kanton, den er in Bern vertreten will, vor Gericht. Im Rahmen seiner Sparbemühungen beschloss der Regierungsrat Ende 2013, das Lehrlingsturnen der Abschlussklassen am Oltnen Berufsbildungszentrum zu streichen, womit er jährlich 250 000 Fr. einsparen wollte. Für die Solothurner und Grenchner Berufsschüler gab es zudem schon seit Jahren in den Abschlussklassen keinen Turnunterricht mehr. In Olten war man jedoch nicht bereit, den Entscheid des Regierungsrates zu akzeptieren. Auf Initiative ihrer Turn- und Sportlehrer (!) klagten 49 Schüler beim Verwaltungsgericht. Und wer hat sie verteidigt? Pirmin Bischof, und zwar erfolgreich. Der Regierungsrat musste seinen Sparbeschluss zurücknehmen. Er spart jetzt anderswo, und dank Pirmin Bischof



werden dann einfach andere Opfer von Ausgabenkürzungen.

Kann, soll ein Ständerat überhaupt gegen die eigene Kantonsregierung klagen? Können schon. Aber vor Gericht gehen heisst nicht bloss den Rechtsweg beschreiten. Wer vor Gericht geht, hat Streit, im konkreten Fall Streit mit der eigenen Regierung. Man mag einwenden, dass Pirmin Bischof als Sekretär und Rechtskonsulent des Staatspersonalverbands eben auch seine Pflichten habe. Richtig, aber dann stellt sich die Frage, inwieweit die verschiedenen Ämter überhaupt miteinander vereinbar sind. Wenn Christian Wanner nach seinem Rücktritt als Regierungsrat ein Mandat von einer Privatklinik übernimmt, gibt es ein Riesengeschrei, und Kurt Fluri hat sich für die Ausübung verschiedener Ämter dauernd zu rechtfertigen. Aber bei Pirmin Bischof übt sich die veröffentlichte Meinung in Schweigen.

Es trifft zu, dass Pirmin Bischof dem Kanton ein Gesicht gegeben hat, aber es ist dasjenige des Janus (der Januskopf auch als Symbol der Zweispieltigkeit). Präziser hat es ein engagierter Freisinniger mit den Worten auf den Punkt gebracht: «Der Herr Ständerat trägt mehr Hüte, als selbst die Hydra zu tragen fähig gewesen wäre.»

Wechsel in den Ortsparteien

Härkingen: Jörg Fluri für Hans-Peter Kuratle
Olten: Heinz Eng für Sarah Früh

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten für ihren Einsatz.

Veranstaltungen

Juni 2015

Di 9. 19.00 Uhr Referat von KKdt André Blattmann, Chef der Armee (MZH Rickenbach)

Juli 2015

Do 2. 19.30 Uhr Club FDP 2000: Parlamentariergespräch (Eintracht Kestenholz)

August 2015

Fr 21. 16.00 Uhr Jahreszusammenkunft der Vereinigung freisinnig-jungliberaler alt Kantonsrätinnen und alt Kantonsräte (Grenchen)
 Sa 22. Tag der FDP (Sursee)

September 2015

Sa 5. 09.30 Uhr Kantonaler Parteitag Energie+Wirtschaft (Deitingen)

Den Jahresterminkalender und weitere Details finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/events

Abstimmungsparolen der Solothurner FDP für den 14. Juni

- JA zur Präimplantationsdiagnostik
- JA zum Radio- und Fernsehgesetz
- NEIN zur Erbschaftssteuerreform
- NEIN zur Stipendieninitiative

Ja, ich trete dem Unterstützungskomitee **Marianne Meister in den Ständerat** bei. Mein Name darf veröffentlicht werden.

Vorname/Name: _____

Funktion: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte ausschneiden und umgehend retournieren an: FDP.Die Liberalen
 Kanton Solothurn, Postfach 554, 4502 Solothurn, info@fdp-so.ch, Fax 032 623 24 26

Regierungswahlen Kanton Zürich

Herzliche Gratulation, Carmen Walker Späh!

Der Sonntag, 12. April 2015, war für die FDP.Die Liberalen ein Freudentag. Der bürgerliche Schulterschluss in Zürich, bestehend aus FDP.Die Liberalen, CVP und SVP, schaffte es, in der Regierung nach vier Jahren wieder eine Mehrheit zu erreichen. Die Präsidentin der FDP Frauen, Carmen Walker Späh, wurde neu in die Regierung des Kantons Zürich gewählt, und der bisherige Regierungsrat Thomas Heiniger erzielte das beste Resultat aller Regierungsräte. Die FDP des Kantons Zürich holte sich zusätzliche acht Sitze im Kantonsrat. Was für ein Erfolg!

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin FDP Frauen

Die Wahl von Carmen Walker Späh zur Regierungsrätin ist für die FDP.Die Liberalen Frauen eine grosse Freude. Seit 2010 präsidiert sie FDP.Die Liberalen Frauen, doch das Thema Frauen spielt in Walker Späh's Leben seit jeher eine grosse Rolle. Sie heiratete 1988, im ersten Jahr des neuen Namensrechts. Es sei ihr und ihrem Ehemann, dem späteren Stadtzürcher Gewerbeverbandspräsidenten Richard Späh, «völlig klar» gewesen, dass sie den umständlichen Doppelnamen mit dem «Mädchennamen» voraus annimmt. Im gleichen Jahr fing sie beim Winterthurer Baudepartement an und durfte, als ihr erster von drei Söhnen auf die Welt kam, trotz Kaderstelle Teilzeit arbeiten – auf Spezialbeschluss des Stadtrats. Später avancierte sie als selbstständige Bauanwältin zu einer der profiliertesten Kantonsparlamentarierinnen im Thema Baurecht und Raumplanung. Mit ihrer kantonalen Volksinitiative «Umweltschutz statt Vorschriften» vereinfachte sie das energetische Sanieren im Kanton Zürich nachhaltig.

Auf nationaler Ebene blieb die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eines der Hauptanliegen von Walker Späh. Deshalb ist sie überzeugte Befürworterin von Tagesschulen, fordert mehr Krippenplätze und setzt sich für den Steuerabzug von Fremdbetreuungskosten ein. Als einen der grössten Erfolge in diesem Zusammenhang bezeichnet Walker Späh die erste gemeinsame Delegiertenversammlung mit dem damals neu gewählten Parteipräsidenten Philipp Müller in St-Mau-



Carmen Walker Späh: sichtlich erfreut über ihre Wahl in den Regierungsrat.

rice zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf. «Die Zeichen der Zeit wurden verstanden: Frauenpolitik ist Wirtschaftspolitik», bilanziert sie heute.

Carmen Walker Späh zeigt auf dem nationalen Parkett, dass sich Liberale für Chancengleichheit und ein Miteinander von Frau und Mann auf Augenhöhe engagieren und auch bereit sind, sich hierfür zu exponieren. Ihr Engagement für eine gerechte Gesellschaft, sichere Arbeitsplätze, Innovation und Bildung wurde mit dieser Wahl belohnt.

**Generalversammlung
FDP.Die Liberalen Frauen**

Wahlkampf- Kick-off

mit Carmen Walker Späh,
Regierungsrätin Kanton Zürich
Philipp Müller, Nationalrat
und Präsident FDP.Die Liberalen
Christa Markwalder,
Nationalrätin Bern

**Samstag, 6. Juni 2015
10.00 bis 13.00 Uhr
im Hotel Schweizerhof, Bern**

Weitere Informationen auf
<http://www.fdp-frauen.ch>

Bitte melden Sie sich unter
esseiva@fdp.ch oder
FDP.Die Liberalen Frauen,
Neuengasse 20, 3011 Bern, an.

Rückblick Wahlen Appenzell Ausserrhoden

FDP gestärkt aus Kantonsratswahlen



26 der 65 Mitglieder der Ausserrhoder Legislative gehören der FDP. Die Liberalen-Fraktion an – dies ist das Ergebnis nach den Gesamt-erneuerungswahlen vom April. In der Regierung – welche am 8. März neu gewählt wurde – stellt die FDP zwei der fünf Mitglieder.

Reto Pfändler, Präsident FDP Gais

Bei den Regierungsratswahlen ging es um die Neubesetzung eines freien Sitzes innerhalb des von sieben auf fünf Mitglieder reduzierten Gremiums. Der FDP gelang es nicht, diesen Sitz zu gewinnen, während die beiden bisherigen Regierungsmitglieder Marianne Koller und Paul Signer mit ausgezeichneten Resultaten in ihrem Amt bestätigt wurden.

Deutlich stärkste Fraktion

Zufriedenheit herrscht nach den Kantonsratswahlen. Ein Sitz konnte hinzugewonnen werden, so dass die FDP-Fraktion 26 Mitglieder zählen wird. Zum Vergleich: die zweitstärkste Fraktion, die Parteiunabhängigen, zählt höchstens 15 Sitze. In der Gemeinde Herisau wurden die Kantonsrätinnen und Kantonsräte im Proporzsystem gewählt, in den anderen 19 Gemeinden im Majorzsystem.

Für die Wahlen in National- und Ständerat wurde bereits ein Kandidat nominiert. Nationalrat Andrea Caroni wird als Ständerat um die Nachfolge von Hans Altherr kandidieren. Auch für den Sitz im Nationalrat sind alle Weichen für eine Kandidatur gestellt. Die Nomination wird an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung Ende Mai erfolgen.

Rückblick Wahlen Kanton Luzern

Erfreuliche Erfolge in Luzern

FDP. Die Liberalen Luzern blickt erfreut auf die kantonalen Wahlen vom 29. März 2015 zurück. Regierungsrat Robert Küng wurde mit einem Glanzresultat im ersten Wahlgang wiedergewählt und belegte den zweiten Platz.

Jacqueline Theiler, Geschäftsführerin FDP. Die Liberalen Luzern

Auch bei den Parlamentswahlen verzeichnete die FDP einen Sieg. Sie hat zwei zusätzliche Sitze gewonnen und kommt neu auf 25 Sitze. Das ist ein Zuwachs von 2,17 Prozent und ergibt neu eine Parteistärke von 21,04 Prozent. Damit befindet sich die FDP hinter CVP und SVP auf dem dritten Platz, verzeichnet aber den grössten Zuwachs (vor SVP und SP). Zu den Verlierern gehörten GLP wie Grüne.

Einige Faktoren haben zum Wahlerfolg beigetragen. Vielseitige und motivierte Kandidaten nahmen am Wahlkampf teil und mobilisierten dadurch Wähler. Unzählige Stunden engagierten sie sich mit Herzblut an Veranstaltungen und Standaktionen. Eine frühzeitige Organisation und eine



Die FDP. Die Liberalen Luzern freut sich über das Wahlergebnis.

BILD: RIGI-ANZEIGER, CLAUDIA SUREK

positive Grundeinstellung aller sorgen für einen tollen Teamgeist. Darüber hinaus waren die wirtschaftspolitischen Themen ausschlaggebend. Liberale Rezepte sind gefragter denn je. Die kantonale Fraktion mit ihrer disziplinierten Haltung in der Finanz- und Steuerpolitik sowie die FDP Schweiz mit dem Aufzeigen von liberalen Lösungen für den Standort Schweiz haben ihren Beitrag dazu geleistet. Herzlichen Dank!

Die FDP verzeichnete im Vergleich zu den anderen Parteien ein sehr gutes Ergebnis bei den Listenstimmen. Weniger erfreulich ist die Anzahl Panscherstimmen. Im Verhältnis zu den anderen Parteien hat die FDP schlechter abgeschnitten. Für die nächsten Wahlen heisst es deshalb: mehr Kandidaten und mehr Disziplin beim Wählen – Wir bleiben dran!

Rückblick Wahlen im Tessin

Gewinne für die FDP auch im Tessin

Am 12. April wurde im Kanton Tessin ein neues Parlament gewählt und die Regierung neu zusammengesetzt. Mit der Verteidigung des Regierungssitzes und einem Sitzgewinn im Parlament war es für die FDP Tessin ein sehr erfolgreicher Tag.

Andrea Nava,
Geschäftsführer FDP Tessin

Die FDP Tessin trat eine grosse Herausforderung an. So galt es mit einem jungen Team und ohne bisherigen Kandidaten den Regierungsratssitz von Laura Sadis zu verteidigen. Mit der Wahl von Christian Vitta im ersten Wahlgang und mit einem sehr guten Resultat konnte dieses wichtige Ziel erreicht werden. Die FDP hat in den Proporz-Wahlen in die Regierung zugelegt und ist daher zuversichtlich, in



vier Jahren einen zweiten Sitz gewinnen zu können. Auch bei den Wahlen ins Parlament konnte die FDP einen Sitz und Wähleranteile gewinnen. Sie ist nun mit zwei Sitzen Vorsprung die stärkste Fraktion.

Die FDP Tessin konnte sich in diesem Wahlkampf als Partei mit Enthusiasmus, Lust auf Neues, klaren Zeichen auch an die junge Generation und gutem Zusammenhalt präsentieren. Damit ist die FDP für die nationalen Wahlen im Oktober gut gerüstet.

Rückblick Wahlen Kanton Zürich

Die FDP ist im Kanton Zürich die grosse Wahlsiegerin!

Bei den kantonalen Wahlen in Zürich hat die FDP einen fulminanten Wahlsieg erzielt. Nun gilt es, diesen Schwung in die National- und Ständeratswahlen mitzunehmen.

Urs Egger,
Geschäftsführer FDP Zürich

Unsere Partei konnte mit Thomas Heiniger (bisher) und Carmen Walker Späh (neu) beide Sitze im Regierungsrat erfolgreich verteidigen. Auch bei den Kantonsratswahlen vermochten unsere freisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten auf ganzer Linie zu überzeugen. Die FDP hat im Kanton Zürich insgesamt acht zusätzliche Sitze gewonnen und kommt neu auf 31 Mandate.

Mobilisierung als Schlüssel zum Erfolg

Erste Analysen zeigen die Gründe für den Wahlerfolg: Die FDP hat als einzige Partei kaum Stimmen an die «Nichtwähler» verloren. Während die SVP, die glp und die Grünen massive Mobilisierungsprobleme hatten, konnten wir unsere Stammwähler an die



Wahlkampf-Aktion auf der Zürisee-Fähre: die Regierungsräte Thomas Heiniger und Carmen Walker Späh mit Kantonsrat Peter Vollenweider.

Urnen bringen. Zudem war die FDP im gesamten Wahlkampf äusserst präsent an Standaktionen auf der Strasse.

Damit ist es gelungen, wieder näher bei den Bürgern zu sein. Schliesslich hat der Online-Wahlkampf einen we-

sentlichen Beitrag zur guten Mobilisierung unserer Anhänger geleistet. Mit der Wahlplattform www.wahlenzuerich.ch verfügen wir über eine zeitgemässe Kampagnen-Website. Ein moderner Internetauftritt ist das Herzstück des Online-Wahlkampfs und Ausgangslage aller Social-Media-Aktivitäten.

Wahlerfolg stimmt zuversichtlich für die nationalen Wahlen

Wir dürfen uns nun keinesfalls auf den Lorbeeren ausruhen. Stattdessen müssen wir die positive Stimmung innerhalb der Partei nutzen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den positiven Trend auf nationaler Ebene fortsetzen und Wähleranteile gewinnen. Dafür sind wir nochmals auf die Unterstützung unserer treuen Mitgliedern und Sympathisanten angewiesen, denn ohne dieses Engagement kann kein erfolgreicher Wahlkampf geführt werden.

Delegiertenversammlung

Bienvenue à Brigue

Die zweite Delegiertenversammlung dieses Jahres stand ganz im Zeichen des Gemeinsinns. Über 220 Delegierte fanden sich in Brig ein, um die Parolen für die Eidgenössischen Volksabstimmungen vom 14. Juni 2015 zu fassen.

«Gemeinsinn ist ein urliberaler Wert. Ein Wert, den wir täglich leben. Er ist es, der uns bewegt, in der Politik, im Verein oder in der Nachbarschaft mitzuhelfen.» Mit dieser pointierten Aussage umschrieb Parteipräsident Philipp Müller in seiner Eröffnungsrede die Quintessenz unseres Zusammenhalts. Johann Schneider-Ammann, Vizepräsident des Bundesrates, pflichtete ihm bei: Gemeinsinn ist der Kitt unserer Gesellschaft.

Wie man mit Innovation und Eigenverantwortung den Gemeinsinn in seiner eigenen Gemeinschaft stärkt, zeigten drei Ortsparteien im Wettbewerb auf. Mit ihrer Anti-Littering-Aktion packte die Zürcher FDP aus dem Kreis 6 tatkräftig mit an, um die Stadt sauber zu halten. Die FDP Brunnen demonstrierte in ihrem sympathischen Videobeitrag, wie eine Patenschaft mit der örtlichen Kindertagesstätte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beiträgt. Schliesslich fand die FDP Ostermundigen einen Weg, den Gemeinsinn mit einer Diskussionsplatt-



220 Delegierte versammelten sich in Brig.



Die Walliser Kandidaten mit Philipp Müller und Johann Schneider-Ammann.



Es wurde tatkräftig mitgeholfen.

form für Gemeinderäte aus der Region Bern zu verankern.

Kandidaten werden vorgestellt

Die National- und Ständeratskandidaten des Kantons Wallis wurden auch vorgestellt. Zur Wahl im Oktober stellen sich neben dem amtierenden Walliser Nationalrat Jean-René Germannier sechs weitere Kandidaten. Wir wünschen den Kandidierenden dabei viel Erfolg!

Parolenfassung für den 14. Juni: Dreimal Ja, einmal Nein

Zum obligatorischen Referendum über den Verfassungsartikel für die Fortpflanzungsmedizin sowie zur Initiative zur Erbschaftssteuer fanden die Delegierten jeweils klare Voten: für beide Vorlagen heisst die Parole am



14. Juni klar Ja. Die Revision des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen hingegen wurde heiss diskutiert. In einer intensiven Debatte brachten Befürworter und Gegner ihre Argumente zum Ausdruck. Schliesslich fassten die Delegierten die Nein-Parole und folgten somit der Empfehlung der Parteipräsidentenkonferenz. Bereits am Freitag vor der Delegiertenversammlung hat die Parteipräsidentenkonferenz einstimmig die Nein-Parole zur Stipendieninitiative gefasst.

Danke, Pierre!

An der Delegiertenversammlung haben wir mit Trauer Abschied von Pierre Weiss genommen. Wir sagen Danke, Pierre, für deinen unermüdlischen Einsatz für eine freisinnige und liberale Schweiz.

Internationales Symposium

Liberalismus –

Visionen für unsere Zukunft.

SAMSTAG | 13. JUNI 2015

LAKE SIDE ZÜRICH

08.30 Uhr Türöffnung & Netzwerk-Espresso
09.30 Uhr Referate & Podien
12.30 Uhr Netzwerk-Lunch
13.30 Uhr Referate & Podien
18.30 Uhr Netzwerk-Apéro

Mehr Infos unter www.symposium-liberal.ch

TICKETS

CHF 145.– | CHF 75.–
(für Studierende und Lernende bis 25 Jahre)
inkl. Lunch & Apéro

Übersetzung
Deutsch - Englisch | Englisch - Deutsch

www.ticketino.com
Tel. 0900 441 441
www.symposium-liberal.ch

KEY SPEAKERS



DIDIER BURKHALTER

Bundesrat, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA



BORIS F. J. COLLARDI

CEO, Julius Baer Group Ltd.



KASPAR VILLIGER

alt Bundesrat, ehemaliger Unternehmer,
Chairman of the UBS Foundation of Economics in Society



HELEN ZILLE

Premierministerin der Provinz Westkap, Südafrika

FÜR DIE GASTGEBER



INITIANTIN DORIS FIALA

Nationalrätin, FDP.Die Liberalen Zürich,
Präsidentin der Schweizer Delegation am Europarat



VEIT V. DENGLER

CEO, NZZ Mediengruppe



DR. JULI MINOVES

Präsident Liberal International

REFERENTEN

LORD JOHN ALDERDICE Member House of Lords, London • DR. JAN ATTESLANDER Leiter Aussenwirtschaft economiesuisse • PIERRE BESSARD Direktor des Liberalen Instituts, Zürich • PETER CHASE Vizepräsident U.S. Chamber of Commerce, Verantwortlicher für Europa, Brüssel • SUNNIE J. GROENEVELD Unternehmerin, Gründerin von Inspire 925 • SVEN HILGERS Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Liberalen (JuLis) • BEATE MEINL-REISINGER Vorsitzende NEOS Wien sowie Stv. Vorsitzende NEOS • MARTIN NAVILLE CEO Swiss-American Chamber of Commerce • RUEDI NOSER Nationalrat, FDP.Die Liberalen Zürich, Ständeratskandidat, Unternehmer • MICHEL ROCHAT CEO, Ecole hôtelière de Lausanne EHL • ANDRI SILBERSCHMIDT Präsident, Jungfreisinnige FDP.Die Liberalen Kanton Zürich • URSULA UTTINGER lic. iur, Präsidentin Datenschutz-Forum Schweiz • PROF. DR. HANS-UELI VOGT Kantonsrat SVP Zürich, designerter Ständeratskandidat, Professor für Privat- und Wirtschaftsrecht an der Universität Zürich • PATRICK WARKING Country Director, Google Switzerland • ALBERTO ZILIO AT&T Director of Public Affairs, Belgium

NZZ

FDP
Die Liberalen

LIBERAL

FDP
Die Liberalen
International

EUROPEAN

RENEWAL

EUROPEAN

Holcim

Famille et travail

Concilier famille et travail: c'est possible!

Evoluer dans une société libérale signifie aussi pouvoir choisir librement son mode de vie, de manière responsable et conforme aux règles de la communauté. Pour que ce choix soit possible également en matière de vie de famille et de vie professionnelle, il faut des conditions-cadres adaptées.

Isabelle Moret, Conseillère nationale et Vice-présidente PLR.Les Libéraux-Radicaux

L'égalité des chances est un des piliers de la politique sociale libérale et familiale: Personne ne devrait avoir à choisir entre l'un ou l'autre. Bien que de nombreux progrès aient été faits, notamment en Suisse-Romande, beaucoup de choses restent encore à faire. Le PLR.Les Libéraux-Radicaux s'engage quotidiennement pour que cette conciliation soit accessible à tous.

Nous souhaitons concilier la sphère familiale, professionnelle ainsi que l'engagement pour la communauté

Afin que la conciliation de la vie professionnelle et de la vie de famille soit plus simple et accessible à tout le monde, le PLR exige plusieurs choses. Tout d'abord, il faut créer davantage de structures d'accueil, avec des ho-



Isabelle Moret: pour un libre choix.

raires continus, adaptées aux horaires de travail des parents. Ensuite, il faut veiller à supprimer les obstacles bureaucratiques à la création et la gestion de ces structures. Ces obstacles font exploser les coûts des structures d'ac-

cueil souvent sans faire augmenter la qualité des services. D'ailleurs, le PLR a déposé une motion dans ce sens (Motion: Construction et gestion de structures d'accueil collectif de jour pour enfants. Suppression des obstacles bureaucratiques) qui fut adoptée.

Des efforts sont également nécessaires pour mieux utiliser le potentiel de main d'œuvre, surtout du côté des femmes. Pour ce faire, il faut améliorer les conditions-cadres pour (ré)intégrer la main d'œuvre qualifiée dont l'absence se fait sentir actuellement. Si l'offre d'accueil préscolaire augmente, alors les deux parents auront plus de chances de pouvoir travailler et les conditions d'existence des ménages pourront ainsi être améliorées. Nous nous engageons également pour la mise en place de bons de garde, qui soutiennent financièrement l'accueil extrafamilial des enfants. Ces bons existent déjà dans divers cantons tels que Lucerne, Berne ou encore celui

d'Argovie. Ils ne sont pas versés à la structure d'accueil (financement de l'offre) mais directement aux parents (financement des personnes). Cela permet aux parents de choisir librement la structure d'accueil de leur enfant, et que l'emplacement, la qualité et les services des structures d'accueil soient adaptées à la demande.

Ce qui a été fait

Ces dernières années, de nombreux progrès ont été faits pour faciliter la conciliation du travail et de la famille. Comme par exemple les déductions fiscales pour la garde d'enfants: le parlement a établi le montant des déductions à 10 000 francs. Pas moins de 47 760 nouvelles places d'accueil extra-familiales pour enfants ont pu être créées en Suisse depuis 2003 (source: Office fédéral des assurances sociales). Un bon tiers des places a été créé en Suisse Romande et au Tessin.

Ce qui reste à faire

Bien qu'un bon nombre de places d'accueil extra-familiales aient été créées, il en manque encore environ 50 000. Egalement, le système des bons de garde n'est pas appliqué dans tous les cantons. Le PLR s'engage activement pour une mise en place dans tous les cantons, pour que tous les parents puissent choisir librement la structure d'accueil à laquelle ils confient leur enfant. Tout comme l'offre des structures d'accueil doit être renforcée: le PLR s'engage pour l'école à journée continue, l'accueil de midi et des structures d'accueil durant les vacances scolaires.

L'innovation informatique permet également des nouvelles formes de travail: il faut aussi soutenir activement le télétravail et le travail à temps partiel, pour permettre aux parents une meilleure conciliation de leur vie familiale et professionnelle.



Grillieren mit ...

Auf den Grill kommt alles – Deftiges und Feines

Petra Gössi,
Nationalrätin SZ

Wenn ich mich schon dazu entschliesse, mit dem Feuer zu spielen oder glühende Kohlen zum Einsatz zu bringen, dann kommt bei mir alles auf den Grill: Deftiges, Feines und Süsses. Wie so oft wird auch das Grillgut saftiger und würziger, wenn man es eine Weile in einer Marinade liegen lässt. Wenn man für die Marinade Honig nimmt, muss man einfach immer aufpassen, dass nichts kleben bleibt, was nicht dazugehört. Und noch etwas: Bei Vögeln, sprich Poulets, ist es sehr viel besser, wenn man die Gewürze unter die Haut reibt.



Petra Gössi: ein Profi am Grill.

Für das Fleisch setze ich auf 2 Muotathaler Kalbskoteletten à je 250 g mit Knochen. Sie werden 2 bis 3 Stunden bei Zimmertemperatur in einer Mischung von 1 EL Senf, 2 EL Waldhonig, 1 TL Paprikapulver edelsüss, 1 Zweig Rosmarin und 3 Zweigen Thymian frisch gehackt, Pfeffer weiss aus der Mühle und 0,2 dl Olivenöl mariniert.

Dazu blanchiere ich 6 grüne Spargelspitzen 1 bis 2 Minuten in kochendem Salzwasser, schreke sie im Eiswasser ab und trockne sie. Ich halbiere 4 Black-Tiger-Crevetten der Länge nach und marinieren sie 1 bis 2 Stunden im Kühlschrank in 1 Zweig frischem Rosmarin und 2 Zweigen frischen Thymian

gehackt, 1 Chilischote entkernt und in feine Streifen geschnitten, 0,1 dl Olivenöl und weissem Pfeffer aus der Mühle. Erst vor dem Grillieren mit Meersalz würzen.

Für den Salat hoble ich 2 Fenchel, viertle 2 San-Marzano-Tomaten der Länge nach, entkerne und schneide sie in Streifen. ½ Salatgurke wird geschält, der Länge nach geviertelt, entkernt und in Streifen geschnitten. Für die Sauce würfle ich 1 Schalotte fein, gebe 6 cl kaltgepresstes Olivenöl und 3 cl weissen Balsamicoessig, Rohrzucker und weissen Pfeffer aus der Mühle dazu. Diese Mischung wird ca. 20 Minuten stehen gelassen. Vor dem Servieren den Gemüsesaft ableeren und mit Fleur de Sel und mit 20 g, in feine Streifen geschnittene, italienische Blatt Petersilie würzen.

Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit!

Grillieren mit ...

10-Punkte-Programm fürs erfolgreiche Grillieren

Christa Markwalder,
Nationalrätin BE

1. Subito den Grill aus dem Keller holen, entstauben und im Garten platzieren (gemäss Muotathaler Wetterschmöcker soll es ein schöner Sommer werden).

2. Immer genügend Holzkohle an Lager halten (denn nur, was auf dem Holzkohlegrill brutzelt, macht den schmackhaften Unterschied zur Bratpfanne).

3. Nur Schweizer Fleisch verwenden (schliesslich gehören wir nicht zur Spezies, die den Einkaufstourismus verpönt und trotzdem im Ausland einkauft).

4. Spannende Gäste einladen (denn diese sind für das Gelingen des Abends noch wichtiger als eine feine Grillade).

5. Ein frisches Salatbuffet vorbereiten (mit nur selbst zubereiteten Sau-

cen, die die Varietät unseres Landes abbilden: von puritanischer Weissweinessig-Sonnenblumenöl-Sauce über eine feine französische Crème-Sauce bis hin zur italienisch inspirierten Olivenöl-Balsamicoessig-Sauce).

6. Das rohe Fleisch nicht «übermarinieren» (eine einfache Marinade mit Olivenöl, Salz und Pfeffer und etwas Senf reicht vollkommen) und auch nicht «durchbraten» – aussen schöne Kruste und innen rosa ist Gault&Millau-fähig.

7. An gewittrigen Tagen immer einen Sonnenschirm bereithalten (darunter lässt es sich auch bei Regen bestens grillieren).

8. Bei zahlreichen Gästen einen «Grilleur» bestimmen (so hat man mehr Zeit sich ausserhalb des Grillradius, um die Gäste zu kümmern).

9. Einen mundigen Schweizer Weisswein während des Grillierens



Christa Markwalder: Gault&Millau-fähig.

kredenzen (und den Gästen schon den freisinnigen Syrah aus dem Wallis als Begleitung zur Grillade ankündigen).

10. Den Abend geniessen und die Gästeschar auffordern, am 18. Oktober freisinnig-liberal zu wählen – that's it!

Jetzt erst recht

Engagieren Sie sich!

Der Tag der FDP 2014 und die kantonalen Wahlen zu Beginn dieses Jahres haben es gezeigt: Die FDP kann mobilisieren! Doch auf diesen Lorbeeren dürfen wir uns nicht ausruhen, sondern es gilt: Jetzt erst recht! Machen Sie mit und engagieren Sie sich – aus Liebe zur Schweiz.

Vincenzo Pedrazzini, Wahlkampfleiter

Es sind tolle und motivierende Ergebnisse, die wir in den letzten Monaten erleben durften. Die FDP war in den Kantonen Baselland, Luzern, Zürich, Appenzell Ausserrhodon und Tessin die grosse Wahlsiegerin und gewann 14 Sitze in den Kantonsparlamenten hinzu. Auch bei den Genfer Gemeindewahlen konnte die FDP deutlich zulegen. Neben der Verteidigung aller Regierungsratssitze konnte im Baseltal sogar ein neuer Sitz hinzugewonnen werden. Gewinne waren auch bei den Wählerprozenten überall zu verzeichnen.

Auch die Umfrageresultate der nationalen Wahlbarometer stimmen uns positiv. Sie sind zwar mit Vorsicht zu geniessen, zeigen aber doch deutlich, dass wir mit der entsprechenden Mobilisierung unserer Basis und der Wählerschaft das Ziel, die SP zu überholen, erreichen können. Hier kommt aber schon das Zauberwort ins Spiel: Mobilisieren! Dieses Wort wird uns bis zum 18. Oktober 2015 begleiten.

Engagieren Sie sich

Mobilisierung funktioniert nur, wenn alle mithelfen. Werden Sie daher zu einem Teil unserer Mobilisierung und engagieren Sie sich für die liberale Kraft der Schweiz!

Gemeinsinn ist einer unserer zentralen Werte. Was wir genau unter Gemeinsinn verstehen, können Sie auf den Seiten 14 und 15 nachlesen. Gemeinsinn heisst auch, sich zu engagieren und sich einzusetzen. Genau dazu wollen wir Sie aufrufen. Engagieren Sie sich für die FDP, engagieren Sie sich in diesem Wahlkampf! Es gibt so viele Möglichkeiten, wie Sie zu einem Teil des Wahlkampfes werden können. Einige davon haben wir Ihnen in der Box zusammengestellt.

Warten Sie mit diesen Aktionen nicht erst bis zur entscheidenden Phase des Wahlkampfes im September und Oktober. Nutzen Sie vielmehr bereits die wichtigen Abstimmungen im Juni, um sich mit uns für eine liberale, fortschrittliche Schweiz einzusetzen. Ob mit Flyern, Plakaten oder Leserbriefen, beziehen Sie Stellung für unsere Positionen und die FDP.

Sprechen Sie darüber

Unsere Partei lebt durch die über 100 000 Mitglieder. Wenn jeder von

uns sein nächstes Umfeld wie Nachbarn, Freunde oder Verwandte bewegen kann, am 18. Oktober FDP zu wählen, haben wir schon viel gewonnen. Der einfachste Weg, zu mobilisieren, ist, für die FDP einzustehen und seinen Freunden, Bekannten und Verwandten gegenüber aufzuzeigen, dass die FDP für liberale Werte steht und die Schweiz vorwärtsbringt. Sprechen Sie darüber, warum Sie die FDP unterstützen, warum die Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt für Sie wichtig sind, warum Sie auf Eigen-

initiative statt staatliche Bevormundung setzen und warum das liberale Gedankengut Ihr Leben prägt.

Nicht nur am Tag der FDP Schweiz am 22. August in Sursee, sondern auch an den zahlreichen kantonalen, regionalen und lokalen Veranstaltungen haben Sie zudem die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen und gemeinsam für die FDP zu werben. Die Teilnahme an Anlässen zeigt auch, wie viele Menschen sich für die liberalen Werte und eine erfolgreiche Zukunft der Schweiz einsetzen. Ihre Teilnahme zeigt Ihre Unterstützung für die Kandidierenden und für unsere Sache. Kommen Sie also zum Tag der FDP in Sursee, und besuchen Sie die vielen Anlässe in Ihrer Region.

Jede Stimme zählt

Was so abgedroschen klingt, stimmt tatsächlich. So haben im Wahlkreis Dielsdorf nur knapp 70 Listenstimmen, was etwa 6 Wählern entspricht, den Ausschlag gegeben, dass die FDP einen Sitz auf Kosten der SP gewinnen konnte. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig die Mobilisierung und der Einsatz für jede einzelne Stimme sind.

Damit wir all diese Stimmen gewinnen können, braucht es aber nicht nur das Engagement der Kandidatinnen und Kandidaten, sondern auch jenes von den einzelnen Mitgliedern. Man muss kein Amt ausüben und keine offizielle Funktion haben, um zu mobilisieren und für die Partei zu werben. Man muss nicht seine ganze Freizeit einsetzen oder jeden Samstag auf der Strasse stehen. Wenn jeder von uns einen kleinen Einsatz leistet, können wir schon viel erreichen. Fragen Sie daher in Ihrer Orts- und Kantonalpartei nach, wie Sie helfen können, wann Standaktionen stattfinden und wo das nächste Parteitreffen durchgeführt wird.



Vincenzo Pedrazzini: engagiert für die liberale Kraft der Schweiz.



Nur eine Möglichkeit, mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen, ist ein Wahlmobil.

Jetzt erst recht

Der Weg, der vor uns liegt, scheint lang. Noch rund fünf Monate trennen uns von den nationalen Wahlen. Die Ergebnisse und Voraussagen sind bisher positiv. Das sind alles Faktoren, die uns verleiten könnten, nun einen Gang runterzuschalten und sich zurückzulehnen. Doch das wäre ein Fehler. Nutzen wir den Schwung, die positive Stimmung, und sagen wir uns: Jetzt erst recht!

Bereits 2012 machte Philipp Müller das Prinzip «Näher zu den Leuten» zum neuen Credo unserer Partei. Die Kandidierenden in Baselland, Luzern, Zürich, Appenzell Ausserrhoden und im Tessin lebten dieses Credo vor. Ihr direkter Kontakt mit der Bevölkerung war das Mittel, um die Wählerinnen und Wähler von den Positionen der FDP zu überzeugen. Ihr Einsatz war

es, der uns zusätzliche Sitze und höhere Wähleranteile brachte.

Nehmen wir uns dieses Engagement zum Vorbild, und ziehen wir das Prinzip «Näher zu den Leuten» weiter bis in den Herbst (und darüber hinaus). Kommen Sie mit uns auf die Strasse, gehen wir näher zu den Leuten, sprechen wir mit der Bevölkerung über ihre Sorgen, Wünsche und Ideen, und präsentieren wir unsere Lösungen für die Zukunft des Erfolgsmodells Schweiz. Das nationale Wahlkampfteam freut sich auf diesen Wahlkampf mit Ihnen. Wir sind überzeugt, dass wir gemeinsam mit dem Engagement von uns allen viel erreichen können.

Herzlichen Dank für Ihren Einsatz!

**Ihr Wahlkampfleiter
Vincenzo Pedrazzini**

Engagieren Sie sich

Hier einige Tipps, wie Sie ohne grossen Aufwand mobilisieren können:

- Versenden Sie eine Abstimmungs- oder Wahlempfehlung per Mail an Ihre Bekannten und Verwandten. Am einfachsten und effektivsten geht das, indem Sie die Empfehlung direkt in Ihre E-Mail-Signatur einfügen, dann erscheint sie bei jedem Mail, das Sie senden.
- Schreiben Sie Leserbriefe zu aktuellen Themen, und unterschreiben Sie mit Ihrem Namen und dem Zusatz FDP und dem Namen Ihrer Ortspartei.
- Nehmen Sie an unseren lokalen, kantonalen und nationalen Veranstaltungen teil, und sprechen Sie über Ihre Teilnahme im Bekanntenkreis.
- Gehen Sie mit den Kandidatinnen und Kandidaten auf die Strasse, und treten Sie mit der Bevölkerung ins Gespräch.
- Teilen Sie Beiträge der FDP in den sozialen Medien.

Beginnen Sie damit schon heute! Die Abstimmungen im Juni liefern Ihnen eine gute Plattform, um bereits jetzt für die Lösungen und die Aushängeschilder der FDP Werbung zu machen.

Wir zählen auf Ihr Engagement und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Unsere drei Werte

Gemeinsinn hält die Gesellschaft zusammen

Gemeinsinn ist ein urliberaler Wert. Ein Wert, den wir täglich leben: Gemeinsinn ist, was uns antreibt, uns freiwillig für die FDP zu engagieren! Gemeinsinn bewegt uns, in der Politik, im Verein oder in der Nachbarschaft mitzuhelfen.

Daniel Stolz, Nationalrat BS

Unser Land ist ein Sammelsurium an Menschen, Sprachen und Lebenseinstellungen. Unterschiedliche Kulturen, Ideen und Ansichten treffen sich auf 41 285 Quadratkilometern. 8,2 Millionen Menschen, 26 Kantone, 4 Sprachen – und trotzdem ein Land. Es ist der Gemeinsinn, welcher all diese Elemente verbindet. Er verbindet ein Land, in dem die Freiheit hochgehalten wird. Der Gemeinsinn ist wie ein Spannsatz, der all diese Elemente zusammenhält. Er verbindet Romands und Deutschschweizer, Tessiner und Rätromanen, ländliche Gebiete und Städte. Er erzeugt ein Gefühl des Zusammenstehens, des Zusammengehörens von Genf bis Scuol, von Chiasso bis Basel. Er macht Jung und Alt, Gross und Klein zu Schweizerinnen und Schweizern.

Gemeinsinn konkret umgesetzt

Gemeinsinn ist nicht nur ein vages Lebensgefühl, sondern zeigt sich in vielen Aspekten des Lebens sehr konkret. So zum Beispiel beim flexiblen Arbeiten im Alter. Während die SP unter dem Schlagwort «Solidarität» nach mehr Staat, Entlassungsschutz und immer höheren Renten unwirksame Pillen zur Symptombekämpfung präsentiert, liefert die FDP Lösungen. Die Ideen der SP sind nicht nur teuer und schaden der Wirtschaft, sie sind auch kontraproduktiv für die direkt Betroffenen. Beispielsweise würde ein schärferer Kündigungsschutz erst recht dazu führen, dass niemand mehr ältere Arbeitnehmer einstellt. Die FDP hingegen liefert konkrete, umsetzbare Lösungen. Lösungen, die dem Gemeinsinn entsprechend, alle Ebenen einbeziehen und von allen einen Beitrag verlangen.

- Arbeitgeber sollen auch 50+ weiterbeschäftigen oder neu einstellen.
- Auch ältere Erwerbstätige sollen sich kontinuierlich weiterbilden.
- Bessere Koordination im Sozialversicherungssystem und zwischen Bund und Kantonen.
- Ein flexibler Altersrücktritt soll möglich sein.



Daniel Stolz: Die FDP liefert Lösungen.

Wie Gemeinsinn im Alltag umgesetzt und gelebt werden kann, demonstrierten an der Delegiertenversammlung in Brig drei Ortsparteien stellvertretend für die zahlreichen Projekte und Aktivitäten der FDP-Sektionen.



FDP Zürich Kreis 6: Mit einer regelmässigen Abfallentsorgungsaktion sorgen die Mitglieder der FDP Kreis 6 für saubere Strassen und Plätze in ihrem Quartier.



FDP Brunnen: Die FDP Brunnen hat die Patenschaft für den Kinderhort Müli übernommen und hilft so mit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.



Liberaler Gemeinderäte: Die liberalen Gemeinderäte spannen zusammen, um mit unkomplizierten, übergreifenden und unbürokratischen Lösungen nachhaltige Veränderungen zu erreichen.

- Es braucht altersabhängige Lohnbeiträge innerhalb der Branchen.
- Verbesserte Betreuung nach Arbeitsverlust.

Diese Lösungen hat die FDP nicht erst im Wahljahr entdeckt – sondern schon vor langer Zeit.

Gemeinsinn erweitert den Horizont

Die Offenheit Neuem gegenüber hat die Schweiz zum Erfolgsmodell gemacht. Gemeinsinn kann nur entstehen, wenn wir wissen, dass die Welt nicht an den Grenzen der Schweiz aufhört. Die Schweiz ist so erfolgreich geworden, weil sie jene willkommen heisst, die mit Fleiss und Leistung ihr Glück suchen. Das ist unser Verständnis von Gemeinsinn in der Migrationspolitik: Wer zu uns kommen will, um zu arbeiten und seinen Teil zur Schweizer Wirtschaft beizutragen, ist willkommen. Eine Einwanderung ins Sozialsystem lehnen wir aber klar ab.

Gemeinsinn gelebt

Gemeinsinn wird auch deutlich in über 15 Millionen Stunden freiwilliger Arbeit, welche jährlich geleistet werden: Täglich leisten Millionen von Schweizern einen Einsatz, der sich in Zahlen kaum fassen lässt. Müsste der Staat für all diese Leistungen aufkommen, hätten wir innert kürzester Zeit ein riesiges Loch in der Staatskasse. All diese freiwillig geleistete Arbeit ist ein Grundpfeiler des Erfolgsmodells Schweiz, der nicht genug verdankt werden kann.

Doch Dank allein genügt nicht. Es braucht auch Widerstand gegen Ideen, welche den Gemeinsinn gefährden. Wer immer zuerst nach dem Staat ruft, statt gemeinsam unkomplizierte Antworten zu erarbeiten, kommt nicht vorwärts. Zu viel Bürokratie verhindert nicht nur das freiwillige Engagement von Privatpersonen, sie hindert auch die Wirtschaft daran, ihren Teil zum Gemeinsinn beizutragen. Nur wenn alle – Unternehmen, Politik und Gesellschaft – am gleichen Strick ziehen, hat das Erfolgsmodell Schweiz eine Zukunft.

Ein urliberaler Wert

Jedem die gleichen Chancen zugestehen und Leistung belohnen – diese Wer-

te sind grundlegende Elemente des Gemeinsinns. Es geht beim Gemeinsinn nicht um Umverteilung und Gleichmacherei, sondern darum, Schwachen und

unschuldig in Not Geratenen so zu helfen, dass sie wieder aufstehen können. Es sind die Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt, die das Erfolgsmodell

Schweiz ermöglichen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass diese Werte auch in Zukunft Eingang in die Wirtschaft, Gesellschaft und Politik finden.

FDP

Die Liberalen

Gemeinsinn!



Gemeinsinn hält die Schweiz zusammen, denn er verbindet Kulturen, Sprachen und Regionen. Mit freiwilligem Engagement in Familie, Nachbarschaft, Verein und Politik stärken wir unsere Gemeinschaft.

<h2 style="color: red; font-size: 2em;">41</h2> <p style="font-weight: bold; color: red;">Milliarden Franken</p> <p style="font-size: 0.8em;">ist der Gegenwert des freiwilligen Engagements pro Jahr in der Schweiz.</p>	<h2 style="color: red; font-size: 2em;">665</h2> <p style="font-weight: bold; color: red;">Millionen Stunden</p> <p style="font-size: 0.8em;">Freiwilligenarbeit werden pro Jahr zum Wohle der Schweiz geleistet.</p>	<h2 style="color: red; font-size: 2em;">100</h2> <p style="font-weight: bold; color: red;">Tausend Vereine</p> <p style="font-size: 0.8em;">engagieren sich in Kultur, Freizeit und Sport für die Allgemeinheit.</p>
---	---	--

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – aus Liebe zur Schweiz.

[f/fdp.dieliberalen](#)
[@FDP_Liberalen](#)
[www.fdp.ch](#) - [info@fdp.ch](#) - PC 30-1141-9

Frankenstärke

So meistern wir die Herausforderungen

Liebe Freisinnige

Dass der Mindestkurs nicht dauerhaft aufrechterhalten werden konnte, war kein Geheimnis. Viele Firmen haben die Zeit genutzt, um die Innovation voranzutreiben, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die Marktstellung zu stärken. Sie sind weiterhin stark gefordert. Aber auch die Politik hat ihren Beitrag zu leisten und muss die Rahmenbedingungen rasch und entschlossen verbessern. Das Positionspapier der FDP nimmt wichtige Prioritäten auf.

Möglichst jeder und jedem in unserem Land einen Job und somit eine Perspektive zu bieten, bleibt weiterhin meine Hauptzielsetzung. Mein Departement setzt sich für gute Rahmenbedingungen ein. So verabschiedete der Bundesrat vor wenigen Wochen beispielsweise die Botschaft zur überarbeiteten Standortförderung, welche auch bedeutende Impulse für den Tourismus beinhaltet. Ebenso legte der Bundesrat die Eckpfeiler für die neue Wachstumspolitik fest. Mit Überzeugung investieren wir in unser Erfolgsrezept, nämlich unser hervorragendes Bildungssystem. Auch die Gesetzesvorlage zum Schweizerischen Innovationspark ist nun im Parlament.

Folgende Punkte sind für mich in der aktuellen Situation von besonderer Bedeutung:

1. Wir müssen eine Abwanderung der Industrie und eine starke Schrumpfung im Tourismus verhindern. Zentral in der aktuellen Situation sind Strukturreformen, welche die Kosten bei den Unternehmen senken und die Unsicherheit über die Standortqualitäten reduzieren. Das sind die einzigen mittel- und langfristig sinnvollen Massnahmen. Konjunkturprogramme sind hingegen derzeit keine Lösung. Wir können die aktuellen Schwierigkeiten nicht einfach mit Geld überkleben. Ich begrüsse es, dass der Bundesrat diese Auffassung teilt.

2. Wir müssen die Rahmenbedingungen verbessern. Es gibt dabei nicht die eine grosse Massnahme, um der



Bundesrat Johann Schneider-Ammann: entschlossen gegen die Frankenstärke.

Frankenstärke zu begegnen. Vielmehr braucht es viele kleine Verbesserungen, welche in ihrer Gesamtheit zum Erfolg führen – quasi Fünfer um Fünfer zurück zur Wettbewerbsfähigkeit. Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen:

Im Vordergrund steht die Regelung unseres Verhältnisses mit Europa. Den Volkswillen gilt es umzusetzen, ohne dabei die Bilateralen zu gefährden.

Zentral ist auch die Reform der Unternehmensbesteuerung: Eine Standortfreundliche Ausgestaltung der geplanten Reform ist zwingend. Beim Tourismus sollen Innovation und Kooperation gefördert werden.

Auch im Arbeitsmarkt gibt es Handlungsbedarf. Zum Beispiel bei der Arbeitszeiterfassung. Vor wenigen Wochen einigten sich die Sozialpartner auf meine Vermittlung hin auf eine

tragbare Lösung. Voraussichtlich in diesem Herbst sollte dies die administrative Belastung für die Unternehmen dämpfen. Zudem haben wir die Möglichkeit eingeführt, dass Kurzarbeit auch bei Währungsrisiken aktiviert werden kann. Die Flexibilität des Schweizer Arbeitsmarkts muss unbedingt erhalten bleiben. Sämtliche Forderungen, die diese Flexibilität gefährden, müssen wir entschieden bekämpfen!

Für mich als Bildungsminister ist es von zentraler Wichtigkeit, dass wir weiterhin und erstrangig in die Bildung und Ausbildung investieren können. Diese Investitionsfähigkeit in unseren wichtigsten Rohstoff, nämlich die Köpfe und Hände, bestimmt massgeblich den Wohlstand und die gesellschaftliche Kohärenz unseres Landes in der Zukunft.

Dringenden Handlungsbedarf erkenne ich auch bei der administrativen Entlastung. Hierzu folgt aus meinem Staatssekretariat für Wirtschaft Seco demnächst eine aktualisierte Liste von Massnahmen, mit denen Bürokratie abgebaut werden soll.

Schliesslich soll die Marktöffnung ausserhalb Europas vorangetrieben werden. Das Freihandelsabkommen mit China ist ein Erfolg. Wir sind intensiv an der Aushandlung weiterer Freihandelsabkommen im asiatischen Raum beispielsweise Malaysia, Vietnam, Indonesien, Philippinen.

Erfreut nehme ich zur Kenntnis, dass das von der FDP Ende Januar in Lugano verabschiedete Positionspapier viele dieser Punkte ebenfalls fordert. Die urliberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind eine wirksame Kombination, um aus dieser anspruchsvollen Situation, in der sich unser Land befindet, erfolgreich hervorzugehen. Mobilisieren wir mit aller Kraft für die Bilateralen, für die Arbeitsplätze, gegen die Deindustrialisierung und gegen die Bürokratie – aus Liebe zur Schweiz!

**Ihr Johann Schneider-Ammann,
Bundesrat**

Erbschaftssteuerinitiative

Eine Bedrohung für Familienunternehmen!

Am 14. Juni stimmen wir darüber ab, ob Erbschaften über 2 Mio. Franken und Schenkungen über 20 000 Franken neu zu einem Steuersatz von 20 Prozent versteuert werden sollen. FDP. Die Liberalen setzt sich geschlossen für ein NEIN zur Erbschaftssteuerinitiative ein, deren Annahme verheerende Folgen für kleine und mittlere Familienunternehmen hätte und einen erheblichen Eingriff in die Steuerhoheit der Kantone bedeuten würde.

Ruedi Noser, Nationalrat ZH

Mit dem Ziel, die AHV finanziell zu stärken und die Vermögenskonzentration in der Schweiz zu stoppen, lancierten EVP, GPS und SP die Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerinitiative)». Erbschaften von über 2 Mio. Franken und Schenkungen von über 20 000 Franken pro Person und Jahr sollen demnach zu einem einheitlichen Satz von 20 Prozent versteuert werden. Die Erlöse aus der neuen Bundessteuer sollen zu zwei Dritteln der AHV und zu einem Drittel den Kantonen zukommen. Eine nähere Betrachtung dieser Vorlage zeigt jedoch: Die Initiative schafft vor allem Verlierer.

Schwächung von Familienunternehmen

Die Initiative geht vor allem zu Lasten der 80 Prozent Unternehmen in der Schweiz, welche in Familienbesitz sind. Bereits vor dem Generationenwechsel blockiert die Erbschaftssteuer Geld, das für nötige Investitionen und Innovationen fehlen würde. Gleichzeitig erschwert die Initiative die ohnehin schon schwierigen familieninternen Nachfolgeregelungen. So verpflichten sich die Erben, um von den im Initiativtext vorgesehenen Steuerermässigungen zu profitieren, den Betrieb während mindestens 10 Jahren weiterzuführen. Dabei lässt die Initiative nicht nur offen, wie hoch eine solche Ermässigung ausfallen würde und was im Fall eines Konkurses passiert, sondern auch wie der Wert eines solchen Unternehmens bewertet würde. Die Folgen einer solchen Politik tragen nicht nur die Unternehmen, sondern insbesondere

auch die an ihnen hängenden Arbeitsplätze. Gewinnen würden lediglich Anwälte, die jahrelange Rechtsstreitigkeiten austragen dürften.

Entmündigung der Kantone

Darüber hinaus bedeutet die Vorlage einen starken Widerspruch zum föderalistischen Prinzip der Schweiz. In den letzten Jahren haben alle Kantone ausser Waadt, Neuenburg und Appenzell Innerrhoden die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen abgeschafft. Mit der Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer wird der Volkswille in den Kantonen missachtet und massiv in die Finanz- und Steuerautonomie der Kantone eingegriffen.

«Pflasterlipolitik» für die AHV

Die Initiative weckt des Weiteren falsche Hoffnungen, da sie lediglich einen Zustupf zur Finanzierungslücke der AHV, nicht aber eine nachhaltige Sicherung des Sozialwerks bedeuten

würde. Die AHV hat strukturelle Probleme, die gelöst werden müssen. Die von den Initianten errechneten 2 Milliarden, welche der AHV zugutekämen, sind langfristig nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Die FDP setzt sich stattdessen im Rahmen der Reform «Altersvorsorge 2020» für eine dauerhafte und nachhaltige Lösung ein.

Enormer Bürokratieaufwand

Die Integration einer Rückwirkungsklausel ist schliesslich nicht nur aus rechtlicher Sicht hoch problematisch und widerspricht dem in der Bundesverfassung verankerten Grundsatz von Treu und Glauben, sondern bedeutet auch einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand für die Kantone. Schenkungen von über 20 000 Franken müssten bis ins Jahr 2012 zurückverfolgt werden. Gleichzeitig müsste ein Register aller aktuell vorgenommenen Schenkungen erstellt

werden. Die Initiative schafft ein regelrechtes Bürokratiemonster, dessen Kosten am Ende die Steuerzahler tragen müssen.

Nein zur schädlichen Erbschaftssteuerinitiative

Abschliessend zeigt sich somit: Die Erbschaftssteuerinitiative ist ein Experiment auf Kosten der KMU und des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Statt sich im Kontext des starken Fränkens für die Unternehmen einzusetzen, lanciert diese Initiative eine neue Steuer zu Lasten der Familienunternehmen. Die Erbschaftssteuer schadet zusammenfassend nicht nur dem Wirtschaftsstandort, sondern greift massiv in die Steuerhoheit der Kantone ein. Sie lockt mit falschen Versprechungen für die AHV und schafft einen Bürokratieaufwand sondergleichen. Die FDP sagt deshalb NEIN zu diesem erneuten Angriff auf das Erfolgsmodell Schweiz.



FDP
Die Liberalen

Nein zur Erbschaftssteuer!

www.fdp.ch [/fdp.dieliberalen](https://www.facebook.com/fdp.dieliberalen) [@FDP_Liberalen](https://twitter.com/FDP_Liberalen)

AM 14. JUNI 2015
NEIN
zur Erbschaftssteuer

Ja zur modernen Fortpflanzungsmedizin

Die Verfassungsänderung für die Fortpflanzungsmedizin ist zeitgemäss, reduziert seelische und körperliche Belastungen von Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch und macht die Kinderwunschbehandlung effizienter.

Felix Gutzwiller, Ständerat ZH

Am 14. Juni stimmen wir über die Änderung der Verfassungsbestimmungen zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich (Art. 119 BV) ab. Dabei sollen, statt der heute erlaubten drei, zwölf Eizellen entwickelt werden dürfen. Ausserdem müssen nicht mehr alle entwickelten Eizellen übertragen werden, sondern die geeignete Eizelle kann ausgewählt und die restlichen können konserviert werden. Die Verfassungsänderung ermöglicht auch die Einführung der Präimplantationsdiagnostik.

Eine zeitgemässe Verfassungsänderung

Diese Verfassungsänderung ist zeitgemäss und ausgewogen. Die Schweiz

hat heute das restriktivste Fortpflanzungsgesetz in Europa. Alle Länder Europas, ausser Litauen, kennen die Präimplantationsdiagnostik schon seit Jahrzehnten und haben gute Erfahrungen gemacht. Eine Anpassung der Verfassung trägt medizinischen Entwicklungen der vergangenen Jahre Rechnung. Damit wird auch der Forschungsstandort Schweiz im Bereich Fortpflanzungsmedizin gesichert. Ausserdem können sich Paare, die moderne Fortpflanzungsmedizin in Anspruch nehmen wollen, im eigenen Land behandeln lassen.

Bessere Chancen auf eine Schwangerschaft

Die Änderung des Fortpflanzungsartikels in der Verfassung ermöglicht eine optimale und effizientere Kinder-

wunschbehandlung, da sie die Dreierregel aufhebt und die Konservierung der entwickelten Eizelle für spätere Behandlungen ermöglicht. Im Schnitt ist jede sechste befruchtete Eizelle überlebensfähig, weshalb mit der Dreierregel die Wahrscheinlichkeit auf eine Schwangerschaft pro Behandlungszyklus gering ist.

Ausserdem hat die Möglichkeit, entwickelte Eizellen zu konservieren, den Vorteil, dass Paare bei einer weiteren Behandlung die beschwerlichen Untersuchungen und Behandlungen umgehen können.

Weniger Mehrlingsschwangerschaften

Die Verfassungsänderung ermöglicht die mikroskopische Untersuchung der entwickelten Eizelle an Tag 5. Dabei

kann eine Aussage über die Überlebensfähigkeit getroffen und im Anschluss nur eine einzige geeignete Eizelle übertragen werden. Diese Massnahme verringert das Risiko einer Mehrlingsschwangerschaft, was im Interesse der Gesellschaft ist, denn eine Mehrlingsschwangerschaft birgt Risiken für Mutter und Kind: Während der Schwangerschaft leiden werdende Mütter häufig an Bluthochdruck, oder es kommt zu Schwangerschaftsvergiftung, Blutungen oder Plazentakomplikationen. Mehrlinge kommen häufig zu früh zur Welt, was körperliche oder geistige Behinderungen sowie ein erhöhtes Sterberisiko zur Folge hat.

Präimplantationsdiagnostik und Eigenverantwortung

Die Änderung des Verfassungsartikels zur Fortpflanzungsmedizin ermöglicht auch die Einführung der Präimplantationsdiagnostik (PID). Dabei wird die entwickelte Eizelle vor der Übertragung auf Chromosomenstörungen und Erbkrankheiten untersucht. Das hat vor allem für Paare mit Erbkrankheiten Vorteile. Heute müssen diese Paare eine «Schwangerschaft auf Probe» über sich ergehen lassen, denn sie können sich erst ab der elften Schwangerschaftswoche für eine Pränataldiagnostik (PND) entscheiden. Dabei ist das Verfahren gleich wie bei der PID. Die Einführung der Präimplantationsdiagnostik reduziert also auch die Zahl der Abtreibungen.

Ausserdem basiert die Präimplantationsdiagnostik, wie heute schon die Pränataldiagnostik, auf Freiwilligkeit und stärkt die Eigenverantwortung. Es bleibt Sache des Paares, sich für oder gegen vorgeburtliche Untersuchungen oder für oder gegen ein behindertes Kind zu entscheiden.

Ein fortschrittliches Fortpflanzungsmedizingesetz für eine optimale Kinderwunschbehandlung

fortpflanzungsmedizin-ja.ch

 Ja zur Präimplantationsdiagnostik - PID  @PID_Ja



Stipendieninitiative

Grundeinkommen für Studierende? Nein, danke.

Der Verband der Schweizer Studierenden (VSS) reichte am 20. Januar 2012 seine «Stipendieninitiative» ein und fordert massiv ausgedehntere Stipendien, insbesondere für Hochschul-Studierende. Diese Forderungen sind ungerecht gegenüber anderen Bildungswegen, verursachen grundlos unbezahlbare Mehrkosten und stellen das Bildungssystem total auf den Kopf.

**Christian Wasserfallen,
Nationalrat BE**

Der Verband der Schweizer Studierenden (VSS) will mit der Stipendieninitiative eine bundesweite Harmonisierung der Stipendienvergabe erreichen, indem die Zuständigkeit neu beim Bund statt bei den Kantonen liegt. Gesetzgebung und Finanzierung des Stipendienwesens wäre Bundes Sache, aber die kantonale Schulhoheit solle nicht tangiert werden – ein Widerspruch in sich. Zusätzlich zur Harmonisierung verlangt der VSS flächendeckend Ausbildungsbeiträge für alle Schweizer Studierenden.

Stipendienkonkordat stärken statt Stipendienwesen auf den Kopf stellen

Die Initiative ist nicht nötig: Längst arbeiten die Kantone mit dem Stipendienkonkordat an einer schlanken und zielführenden Lösung. Das Stipendienkonkordat wurde 2009 zur Harmonisierung des Ausbildungsbeitragswesens gegründet. 2011 trat es mit 13 Mitgliedskantonen in Kraft, heute ziehen 16 Kantone an einem Strick. Die Kantone einigten sich beispielsweise auf jährliche Höchstansätze von mindestens 16 000 Franken sowie auf gleiche Vergabekriterien, die schweizweit umgesetzt werden. Für eine bessere Unterstützung sollen auch vermehrt rückzahlbare Darlehen zum Einsatz kommen.

Grundeinkommen für Studierende als ungerechtes und einseitiges Giesskannenprinzip

Die Forderung nach einem Ausbildungsbeitrag für alle Schweizer Stu-



Christian Wasserfallen: Es gilt die Kantone zu unterstützen, nicht zu entmündigen.

dierenden kommt hingegen einem ungerechtfertigten, bedingungslosen Grundeinkommen gleich und verbreitet falsche Hochschulromantik. Oft arbeiten Studierende während des Studiums, um Geld zu verdienen, sammeln dabei aber auch wertvolle Arbeitserfahrung. Die geförderten

Ausbildungsbeiträge nehmen weder darauf noch auf die finanziellen Hintergründe der Studierenden Rücksicht. Das kommt einem Systemwechsel gleich, denn heute werden Stipendien anhand der finanziellen Möglichkeiten der Studierenden oder deren Eltern verteilt. Diese vorgeschlagene Form

der Stipendienvergabe wäre nicht nur unfair, sondern würde auch ein teures Giesskannenprinzip verursachen.

Damit widerspricht die Stipendieninitiative dem in der Bundesverfassung niedergeschriebenen Prinzip der gleichwertigen gesellschaftlichen Anerkennung von allgemeinbildenden und berufsbezogenen Bildungswegen. Die universitären Studierenden würden gegenüber jenen der Fachhochschulen (FH) oder der höheren Berufsbildung krass bevorteilt. FH-Studierende schliessen in der Regel mit einem Bachelor-Titel ab und bezögen wegen der kürzeren Studiendauer rund die Hälfte der Stipendien ihrer universitären Kollegen. Heute gehen zudem rund 4 Prozent der Stipendiengelder in die höhere Berufsbildung. Diese Schere ginge nochmals weiter auf. Die Stipendieninitiative klammert die Abschlüsse auf Sekundarstufe II vollständig aus. Kurz: Die unnötige VSS-Initiative vergrössert die Ungleichheit im Stipendienwesen massiv und gefährdet unser duales Bildungssystem.

Initiative ist nicht finanzierbar

Die Stipendieninitiative hat erhebliche Mehrkosten zur Folge: Die Berechnung der Initianten beläuft sich auf rund 500 Millionen Schweizer Franken. Die Initiative lässt offen, wo die 500 Millionen bei dieser schlechten Wirtschaftslage kompensiert werden und ob die Kantone ihrer Verantwortung weiter nachkommen werden.

Da die Initiative den Kantonen und dem Bund die Selbstständigkeit beschneidet, einen Ausbildungszweig bevorzugt und hohe Kosten verursacht, ist die Stipendieninitiative am 14. Juni 2015 abzulehnen.

Revision Bundesgesetz über Radio und Fernsehen RTVG

Nein zum RTVG

Am 14. Juni stimmen wir über die Revision des RTVG ab. Das Referendum des Gewerbeverbands wird auch von FDP, Die Liberalen unterstützt. Wir lehnen den Wechsel von einer Empfangsgebühr zu einer faktischen Mediensteuer sowie die Einführung einer mit dem Umsatz steigenden Abgabe für Unternehmen ab. Dies beschlossen die Delegierten in Brig mit 136 zu 78 Stimmen.

Peter Schilliger, Nationalrat LU

Letzten Herbst hat das Parlament das revidierte RTVG gegen den Willen einer Mehrheit der FDP-Fraktion angenommen. Gemäss dem Parlament sollte die Gebühr zwar vorerst auf 400 Franken pro Haushalt sinken. Im Gegenzug muss die Wirtschaft rund 150 Mio. Franken in den Finanzierungstopf bezahlen. Neu sollen alle Haushalte die Abgabe bezahlen, und zwar unabhängig davon, ob sie ein Empfangsgerät besitzen oder nicht. Das ist die faktische Abkehr von einer Empfangsgebühr zu einer Mediensteuer. Zudem sollten Unternehmen neu eine mit dem Umsatz steigende Gebühr bezahlen. Gegen diese drastischen Änderungen hat der Gewerbeverband das Referendum ergriffen und statt der nötigen 50 000 Unterschriften gleich das Doppelte eingereicht.



Peter Schilliger: Langfristig ist mit höheren Kosten zu rechnen.

So argumentieren die Befürworter

- Mit einer flächendeckenden Abgabe würde es keine Schwarzseher und SchwarzhörereInnen mehr geben.
- Personalkosten würden durch die wegfallenden Billag-Kontrolleure gesenkt, das Personal besser eingesetzt und somit ein schlanker Service Public ermöglicht werden.
- Dank dem technologischen Fortschritt (Smartphones, Tablets usw.) kann immer und überall Radio gehört und ferngesehen werden. Eine geräteunabhängige Abgabe wäre somit zeitgemäss.

Steigende statt sinkende Gebühren

Die Verlockung, der Revision zuzustimmen, ist in Anbetracht einer (zumindest kurzfristigen) Gebührensenkung gross. Betrachtet man die Thematik aber im grösseren Kontext und langfristig, kommt man schnell zum Schluss, dass dies lediglich eine kurz-

fristige Senkung ist. Die bereits angedachten Projekte der SRG werden dazu führen, dass die Gebühr mittelfristig deutlich teurer wird als heute.

Service Public muss diskutiert werden

Zum Schluss gilt es noch anzumerken, dass bei einer Ablehnung keine direk-

ten Folgen zu erwarten sind. Im Gegenteil: Sie ermöglicht uns, den «Service Public» besser zu definieren, damit die Höhe der Gebühr auch inhaltlich begründet werden kann. Eine Annahme hingegen zementiert den Status quo. Ich möchte Sie deshalb bitten, die Gesetzesrevision abzulehnen.

Tag der FDP

Kommen Sie zum Wahlkampfauftakt

Über 1200 Mitglieder fanden 2014 den Weg nach Zug an den Tag der FDP. Am 22. August 2015 wollen wir dies toppen und mit 2000 FDPlern und FDPlern in den Wahlkampf starten. Kommen auch Sie nach Sursee!

Ein Fest für die ganze Familie erwartet Sie in der Stadthalle Sursee. Neben einem spannenden Festakt bieten wir ein attraktives Rahmenprogramm für Jung und Alt. Lassen Sie sich die Gelegenheit nicht entgehen, zahlreiche unserer Kandidatinnen und Kandidaten für den National- und Ständerat persönlich kennen zu lernen.

Gemeinsamer Wahlkampfauftakt

Der Tag der FDP ist unsere Einstimmung auf die heisse Phase des Wahlkampfes. Wir wollen mit Ihnen zusammen feiern, einen tollen Tag erleben und uns so auf die letzten 58 Tage des Wahlkampfes vorbereiten. Aus allen Landesteilen werden Kandidatinnen, Ortspräsidenten, Amtsträgerinnen und Mitglieder mit ihren Familien nach Sursee kommen. Seien auch Sie dabei, wenn die grosse FDP-Familie in den Wahlkampf startet.

Ab dem 22. August wird die FDP mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten noch stärker auf den Strassen und bei den Wählern präsent sein. Durch Ihren Besuch am Tag der FDP zeigen Sie den Kandidierenden Ihre Unterstützung und Ihr Engagement für die FDP. Setzen wir gemeinsam ein Zeichen!

Alle Details

Programm Samstag, 22. August 2015

10.15	Eröffnung Festareal
11.00–12.15	Offizieller Festakt mit Ansprachen, Talkrunden und vielem mehr
12.15–16.00	Vielfältige Unterhaltung für Jung und Alt auf dem Festareal

Anreise

Bahn	Ankunft Züge aus Bern, 10.08 und 10.40 Uhr Ankunft Züge aus Luzern, 10.31 und 10.47 Uhr Ankunft Züge aus Olten, 10.10 und 10.31 Uhr
Shuttle	Ab 10.10 bis 11.00 Uhr alle 5 Minuten ab Bahnhof Sursee (Zu Fuss: ca. 15 Minuten)
Auto	Aus allen Richtungen Autobahnausfahrt Sursee benützen. Auf Surenalstrasse Richtung Sursee Zentrum fahren, beim Kreisel erste Ausfahrt nehmen, nach 600 m links abbiegen in Moosgasse. Am Ende der Moosgasse nach rechts abbiegen auf Parkplatz der Eishalle. Die Parkplätze sind kostenpflichtig. Wir empfehlen die Anreise mit dem ÖV.

Alle Informationen unter www.tag-der-fdp.ch

Wir stehen für die FDP

Der Tag der FDP ist unser Zeichen an die Schweiz, dass wir gemeinsam für die FDP und für die Zukunft unseres Landes eintreten.

Vor einem Jahr haben wir in Zug die Zukunftsstrategie vorgestellt und aufgezeigt, wie wir das Erfolgsmodell Schweiz erhalten und ausbauen wollen. Seitdem stellen wir unsere Werte

detailliert vor und machen klar, warum Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt für die Schweiz so wichtig sind.

Am Tag der FDP in Sursee wollen wir allen zeigen, dass diese Werte nicht nur Worte sind, sondern unser liberaler Kompass, an dem wir uns orientieren.

Helfen Sie uns mit Ihrem Erscheinen, dies zu unterstreichen.

Gute Erinnerungen an Zug

Der Tag der FDP in Zug war ein voller Erfolg und bleibt allen Gästen in guter Erinnerung. Es war ein Tag voller Zusammenhalt, guter Gespräche, lachender Gesichter und von FDP-Mitgliedern, die sich im Kreise Gleichgesinnter zu Hause fühlten. Ob es nun die spannenden Ansprachen, das feine Essen, die Mohrenkopf-Wurf-Maschine oder die weiteren Aktivitäten für Kinder und Erwachsene waren, die am meisten in Erinnerung blieben, spielt schlussendlich keine Rolle. Denn jeder der 1200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer denkt gerne an das Fest zurück.

Jetzt wollen wir das Fest in Zug übertreffen mit einem Fest in Sursee, das noch viel mehr FDPlern und FDPlern anlockt!

Melden Sie sich sofort an

Die schriftliche Einladung mit allen Details zum Tag der FDP erhalten Sie in diesen Tagen per Post. Anmelden können Sie sich mit der Antwortkarte oder über Internet unter www.tag-der-fdp.ch. Laden Sie auch Ihre Bekannten, Verwandten und Freunde zum Anlass ein. Wir freuen uns, Sie in Sursee begrüssen zu dürfen!



Bürgerlicher Schulterschluss

Massnahmenpaket für einen starken Standort Schweiz

Vieles wurde bereits geschrieben über die Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien, über den bürgerlichen Schulterschluss. Oft fanden die Kommentatoren nicht nur lobende Worte für das gemeinsame Engagement von FDP, Die Liberalen, SVP und CVP. Doch nun haben die drei Parteien gezeigt, wie es möglich ist, in Teilbereichen zusammenzuarbeiten.

Philipp Müller, Nationalrat und Präsident FDP, Die Liberalen

In letzter Zeit wurde eine mögliche bürgerliche Zusammenarbeit oft auf flächendeckende Listenverbindungen zwischen FDP und SVP reduziert. Schweizweiten Listenverbindungen hat die FDP jedoch bereits im Januar eine klare Absage erteilt. Ob auf kantonaler Ebene solche Listenverbindungen eingegangen werden, entscheiden die Kantonalparteien selber.

Die FDP hat immer klar gesagt, dass es für eine Zusammenarbeit unter den bürgerlichen Parteien mindestens die drei grössten braucht. Zwei alleine schaffen keine Mehrheiten im Parlament. Es war also an der Zeit, aufzuzeigen, wie FDP, SVP und CVP in gewissen Sachthemen einen Konsens finden können.

Standort Schweiz stärken

Wie sich gezeigt hat, bieten sich Massnahmen zur Stärkung des Standorts Schweiz an, um gemeinsame Lösungen zu finden. Da seit Anfang des Jahres der Wirtschaftsstandort Schweiz durch die Aufhebung des Euro-Franken-Mindestkurses vermehrt unter Druck geraten ist, sind griffige Lösungen dringender denn je. Die Delegiertenversammlung der FDP hat bereits am 31. Januar 2015 mit dem Positionspapier «Liberaler Rezepte für die Schweiz» 18 Forderungen gegen den schwachen Euro beschlossen. Konsequenter umgesetzt würden diese den Standort Schweiz nachhaltig stärken und optimale Bedingungen für die hier ansässigen Unternehmen schaffen. Gut zwei Monate später haben FDP, SVP und CVP am 27. März das



Philipp Müller: in Sachthemen den gemeinsamen Nenner finden.

BILD: FOTOTONI

Massnahmenpaket zur Stärkung des Standorts Schweiz präsentiert. Sie haben damit gezeigt, wie gut der bürgerliche Schulterschluss in Sachthemen funktionieren kann – auch ohne flächendeckende Listenverbindungen.

Das an einer gemeinsamen Medienkonferenz präsentierte Massnahmenpaket zeigt auf, wie unsere Unternehmen, gestärkt durch bestmögliche Rahmenbedingungen, die wirtschaftlich herausfordernde Zeit meistern können. Drei Voraussetzungen stehen dabei im Vordergrund: Erstens, dass während der nächsten fünf Jahre keine

neuen Steuern erhoben werden. Eine nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer, eine Kapitalgewinnsteuer oder eine Finanztransaktionssteuer sind Gift für den Standort Schweiz. Auf die Kapitalgewinnsteuern im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III will der Bundesrat nun – auch auf Druck der FDP – verzichten.

Zweitens darf der Staat nicht weiter wachsen. Dazu müssen die Bundesausgaben auf dem Niveau von 2014 eingefroren werden. Auch soll der Bund bezogen auf den Stand von 2014

keine neuen Stellen mehr schaffen. Statt immer neue Steuern zu erheben, soll der Bund sein Ausgabenwachstum bremsen und den Ausbau der Verwaltung stoppen.

Mehr Spielraum, weniger Einschränkungen

Am dringendsten aber ist – und das ist die dritte Voraussetzung – eine Kursänderung bei den standortschädigenden Regulierungsprojekten. Die Schweiz braucht mehr Spielraum und weniger Einschränkungen. Hier ist in erster Linie das Bundesparlament am Zug. Beispielsweise bei der Unternehmenssteuerreform III: Sie muss so ausgestaltet werden, dass die Schweiz ein attraktiver und international akzeptierter Steuerstandort bleibt. Das ist nur möglich, wenn die Kantone ihre Steuerhoheiten behalten. Die Kantone sollen eigenständig entscheiden können, wie weit sie ihre Steuersätze senken, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Entscheidend ist auch, dass wir den Weg frei machen für Neues. Die FDP will steuerliche Anreize für Investitionen in innovative Start-ups setzen und solche dadurch attraktiver machen. Denn wenn Private investieren, braucht es den Staat nicht.

Die drei grossen bürgerlichen Parteien konnten aufzeigen, dass Zusammenarbeit und Konsens möglich sind. Vergleicht man nun die liberalen Rezepte für die Schweiz mit dem Massnahmenpaket zur Stärkung des Standorts Schweiz wird schnell klar, dass die FDP den Grossteil der aufgestellten Forderungen eingebracht hat. Von den 13 präsentierten Massnahmen stammen zehn von der FDP. Unser Engagement lohnt sich!



Die Kandidierenden der Jungfreisinnigen treffen sich zum Startschuss in die Wahlen 2015.

Wahlen 2015

Mit vereinten Kräften in den Wahlkampf

Mit konsequentem Einsatz für mehr Freiheit und weniger Staat starteten die Jungfreisinnigen Schweiz am 25. April 2015 in Neuenburg in den Wahlkampf. Zahlreiche Kandidierende der Jungfreisinnigen wollten sich unter anderem die Reden von Philippe Nantermod, Raphaël Comte und Fabio Bongiovanni nicht entgehen lassen.

Maja Baumann,
Generalsekretärin jfs

Viele Jungfreisinnige sind der Einladung der Neuenburger Sektion gefolgt und reisten am 25. April 2015 an den nationalen Wahlkampf-Kick-off. Mit dem Ziel vor Augen, in den Wahlen 2015 durchzustarten, und motiviert durch die kantonalen Wahlerfolge der FDP, versammelten sich die Kandidierenden in Neuenburg. Neben der Präsentation der Listen stellte insbesondere der anschliessende Austausch mit den Kandidierenden einen Höhepunkt des Abends dar und war zugleich eine wichtige Quelle für die Ausarbeitung der eigenen Wahlkampfstrategien.

Weitere Highlights der Veranstaltung waren überdies die Reden von Ständerat Raphaël Comte (NE), Grossrat Philippe Nantermod (VS) und dem Neuenburger Stadtrat Fabio Bongiovanni. Mit Raphaël Comte hatten die Teilnehmenden die Gelegenheit, einen gestandenen nationalen Politiker der Jungfreisinnigen und der FDP zu treffen. Nebst Politgrössen

wie Christian Wasserfallen, Christa Markwalder oder Andrea Caroni stellt auch er ein Beispiel dafür dar, dass der Sprung nach Bern auch schon in jungen Jahren mit viel Einsatz und Wille möglich ist. Denselben Sprung strebt

auch der ehemalige Jungfreisinnige Co-Präsident Philippe Nantermod an, welcher für die Walliser FDP um einen Sitz im Nationalrat kämpft. Er vermochte nicht nur die Kandidierenden mit seiner Rede zu motivieren,

sondern zeigte anhand von Beispielen wie Uber oder Airbnb auch auf, wie liberale Wirtschaftspolitik in Zeiten von Apps und Web 2.0 aussehen kann.

«Der Wahlkampf wird hart, die Nächte werden kurz und die Tage lang.» Mit diesen Worten schwor der nationale Parteipräsident Maurus Zeier schliesslich die Anwesenden auf den kommenden Wahlkampf ein. Er vermochte dabei nicht genug zu betonen, dass sich die Jungfreisinnigen optimal auf die bevorstehende Prüfung vorbereitet hätten. Die Wahlen im Oktober seien die Krönung – eine Belohnung für die Mühen der vergangenen Monate und Jahre.

Dass die Jungfreisinnigen im Wahlkampf angekommen sind, zeigt sich auch anhand der bis heute 161 Kandidierenden, die sich auf insgesamt 15 Listen präsentieren. Am 9. Mai 2015 folgt übrigens der zweite Kick-off in Rapperswil, an welchem unter anderem Bundesrat Didier Burkhalter und Ständerätin Karin Keller-Sutter für zusätzlichen Aufwind für den Wahlkampf der Jungfreisinnigen sorgen werden.



Die Jungfreisinnigen Fribourg präsentieren ihre Kandidierenden.



Endlich bekomme ich,
was ich von einer
Anlageberatung erwarte.

Credit Suisse Invest – die neue Anlageberatung

Bei unserer Anlageberatung bestimmen Sie die Strategie. Und Sie können es sich dann bequem machen. Denn Sie profitieren von einer professionellen Vermögensverwaltung und unserer globalen Expertise. Die Preisgestaltung bleibt dabei einfach und transparent.

**Erfahren Sie mehr über unsere individuellen Anlagelösungen:
credit-suisse.com/invest**